



Proteste für Waldschutz in Kambodscha



Liebe Leserinnen und Leser, Liebe Mitglieder und Freunde,

das Internationale Jahr der Wälder geht zu Ende und in Deutschland bringt die Bundesregierung eine neue Waldstrategie auf den Weg, die jahrelange Bemühungen um die Versöhnung von Waldnutzung und Waldschutz wohl zu Nichte macht. Und das zu einem Zeitpunkt, wo jüngste Waldschadensberichte trotz der drastischen Senkung von Schadstoffemissionen aufzeigen, dass unser Wald so krank ist wie nie zuvor.

In Brasilien wird gerade mit dem bestehenden Waldschutzgesetz das letzte gesetzliche Bollwerk gegen den Ausverkauf der amazonischen Regenwälder gekippt. Fachleute gehen davon aus, dass damit kurzfristig der Weg frei wird für die Entwaldung von mindestens 76,5 Millionen Hektar Regenwald, eine Fläche so groß wie Deutschland, Österreich und Italien zusammen. Fast 30 Milliarden Tonnen CO₂ werden das Weltklima zusätzlich aufheizen. Die Natur wird das mit dem Aussterben zahlreichen Tier- und Pflanzenarten bezahlen.

Es sieht düster aus für den Naturschutz in Brasilien, zumal viele Naturschutzgebiete ihrem Namen lediglich auf dem Papier gerecht werden. Die Zukunft von Fauna und Flora hängt dort schon heute mehr an den rechtlich anerkannten Territorien indigener Völker als an Nationalparks. Die Ureinwohner Amazoniens sind die verlässlichsten Verbündeten eines nachhaltigen Naturschutzes. Dass sie nach jahrzehntelanger Verfolgung und Vertreibung wieder zu effektiven Hütern des brasilianischen Naturerbes geworden sind, ist nicht zuletzt der internationalen Unterstützung zu verdanken, zu der auch ARA seit bald zwanzig Jahren mit großem Einsatz beiträgt.

In Kambodscha, wo die größten noch intakten Tieflandregenwaldgebiete Indochinas beheimatet sind, ist ARA gleichfalls seit vielen Jahren im Waldschutz aktiv. Die Situation ist der in Brasilien nicht unähnlich: Naturschutz steht auf dem Papier, aber die Interessen der Holzindustrie drohen jedes Gesetz außer Kraft zu setzen. Zusammen mit nationalen Nichtregierungsorganisationen setzt ARA hier wie in Brasilien auf ein Bündnis mit lokalen Gemeinschaften. Lesen Sie dazu mehr ab Seite vier.

Liebe Freunde und Förderer von ARA, wir hoffen dabei auch auf Ihre Unterstützung.

Bitte helfen Sie mit Spenden, damit wir auch in Kambodscha die heimische Bevölkerung in ihrem Kampf für den Schutz und eine naturverträgliche Nutzung der Urwälder längerfristig fördern können.

Herzlichen Dank dafür!

Ihr

Jürgen Wolters

Inhalt 2/11

Brasilien hebt den Waldschutz aus	3
Waldschutz in Kambodscha - Harzapfer kämpfen für ihre Rechte	4
Zur UN Dekade Biologische Vielfalt	6
Amphibienschutz am Angelgewässer	8
MDG: Mit Dir gemeinsam die Welt erfahren	12
Mehr Holz, weniger Natur - Die Waldstrategie 2020	14

Ein Waldgesetz aus der Feder der Agrarlobby

Brasilien hebt den Waldschutz aus

Anfang Dezember hat die umstrittene Novelle des brasilianischen Waldgesetzes eine weitere Hürde genommen.

Im Senat stimmten nur acht Parlamentarier gegen den nun drohenden Kahlschlag. Trotz massivster Proteste nicht nur der brasilianischen Umweltbewegung wird die Zerstörung hochsensibler ökologischer Schutzgebiete im ganzen Land legalisiert.

Bisher hat Brasilien eines der fortschrittlichsten Waldschutzgesetze der Welt. Es schreibt vor, dass auf Privatgrundstücken ein bestimmter Anteil bewaldet bleiben muss. Im Amazonasgebiet sind dies 80 Prozent eines Grundstücks. Durch Verschärfungen von Schutzbestimmungen konnte der Raubbau am Regenwald in den letzten Jahren zumindest verlangsamt werden. Trotzdem verliert Brasilien im Durchschnitt der letzten Jahre 1,65 Millionen Hektar Regenwald – ungefähr die Fläche Thüringens.

Der Agrarlobby ist das Waldgesetz seit langem ein Dorn im Auge. Seit Ende der 1990er Jahre gab immer neue parlamentarische Initiativen, um den Prozentsatz der geschützten Waldanteile zu verringern – und den Landhunger der brasilianischen Landwirtschaft zu stillen. Und die ist ein wichtiger Devisenbringer: Agrarprodukte, allen voran Soja und Rindfleisch, machen 37 Prozent der Exporte Brasiliens aus.

Das neue Gesetz ...

Die neue Fassung des Waldgesetzes sieht vor, dass Umweltauflagen für Grundbesitzer drastisch gelockert werden. Zwar konnten sie sich nicht mit ihrer Forderung durchsetzen, den Bewaldungsanteil in ganz Amazonien von 80 auf 50 Prozent zu reduzieren (dies wird nur im Bundesstaat Amapá der Fall sein), sie konnten aber eine Amnestie für alle illegale Rodungen bis 2008 durchsetzen.

Auch die bisherige Wiederaufforstungsverpflichtung für illegal abgeholzte Flächen wird auf 50 Prozent herabgesetzt. Die restlichen Flächen dürfen mit Plantagen aufgeforstet werden. Und "kleinere" Grundstücke mit einer

Fläche von bis zu 440 Hektar müssen gar nicht mehr aufgeforstet werden.

Da wundert es nicht, dass die Agrarlobby jubelt. Acir Gurgacz, Senator des bereits weitgehend entwaldeten Bundesstaates Rondônia, freut sich darüber, dass die "Pioniere" und ihre Nachfahren in Westamazonien so weitermachen können wie bisher. Und viele werden nun weiter roden, denn sie vertrauen darauf, dass es irgendwann neue Amnestien für die jetzt durchgeführten Rodungen geben wird.

Die Aufweichung des Waldgesetzes betrifft nicht nur den Regenwald im Amazonasgebiet. Im ganzen Land sollen Schutzgebiete an Flussufern zum Teil erheblich verringert und die landwirtschaftliche Nutzung an Berghängen und Kuppen ausgeweitet werden. Schon jetzt kommt es bei heftigen Regenfällen in dicht besiedelten Gebieten regelmäßig zu großen Erdbeben mit zahlreichen Todesopfern.

... und seine Folgen

Das alles hätte nicht nur Folgen für das Klima: Die Bodenerosion würde zunehmen, der Düngemittelsatz müsste steigen, durch die fehlenden Wälder würde der Wasserkreislauf gestört. Es käme zu Problemen in der Trinkwasserversorgung und die Gefahr von Hochwasser und Erdbeben würde steigen.

Im Hinblick auf internationale Klimaverhandlungen hatte sich Brasilien noch vor zwei Jahren verpflichtet, bis 2020 die Abholzung des Amazonasgebietes um 80 Prozent zu verringern. Auch weil im kommenden Juni der UN-Umweltgipfel "Rio+20" in Brasilien stattfindet, hoffen Umweltschützer nun auf das Veto der brasilianischen Präsidentin Dilma Rousseff. Im Wahlkampf hatte sie zugesagt, keiner Amnestie für illegale Entwaldung zuzustimmen sowie keine Gesetze zu unterschreiben, die neue Entwaldungen ermöglichen. Damit entspräche sie dem Wunsch der Mehrheit der Brasilianer: Einer repräsentativen Umfrage zufolge lehnen 85 Prozent der Brasilianer die Ausweitung von Nutzflächen auf Kosten des Regenwaldes ab.



Bitte beteiligen Sie sich an den Protesten gegen das neue brasilianische Waldgesetz und schicken Sie eine Mail an die brasilianische Präsidentin: emergencycallbrasilien.de

Waldschutz in Kambodscha

Harzzapfer kämpfen für ihre Rechte

Das Zapfen von Baumharz hat in Südostasien eine lange Tradition. In Kambodscha ist die Praxis noch weit verbreitet und stellt eine wichtige Einnahmequelle für die Menschen in den abgelegenen Waldgebieten dar. Doch Plantagen und Holzeinschlag bedrohen die Bestände der Nutzbäume. ARAs Partnerorganisation in Kambodscha zeigt, wie der Erhalt der Harzbäume zum Schutz der letzten großen Regenwälder beitragen kann.

Die Dorfbewohner in Prey Long haben begonnen, ihre Harzbäume zu markieren, um sie vor illegalem Holzeinschlag zu schützen.

Chut Wutty ist bereits seit mehr als einer Woche unterwegs. Der Leiter der Natural Resources Protection Group (NRPG) besucht die entlegenen Dörfer in Prey Long, einem der letzten Tieflandregenwälder Indochinas. Die nördliche Kernzone erstreckt sich über etwa 100.000 Hektar und blieb von dem großflächigen Holzeinschlag der neunziger Jahre weitgehend verschont. Allerdings sind weite Teile des Prey Long Waldes durch illegalen Holzeinschlag und die Umwandlung in Gummibaum- oder Akazienplantagen bedroht.

Die kambodschanische Umwelt- und Menschenrechtsorganisation arbeitet schon seit mehreren Jahren in dieser Region. Gemeinsam mit den Kommunen wurden bereits eine Kartierung des Gebietes und eine Bestandsaufnahme der verschiedenen Nutzungsformen vorgenommen.

Mit Unterstützung von ARA haben Dorfgemeinschaften seit 2006 in vielen Teilen des Prey Long eigenständige Waldschutzmaßnahmen organisiert. Bei Kontrollgängen werden Holzfäller und illegale Rodungen aufgespürt. Obwohl diese Aktivitäten lokal begrenzt sind und häufig nicht über ausreichende Mittel verfügen, haben sie sich als die effektivste Methode erwiesen, um die weitere Verschlechterung der Waldqualität aufzuhalten. Denn für die lokale Bevölkerung stellt die Nutzung von Nichtholzprodukten eine wichtige Einkommensquelle dar. Dementsprechend hoch ist ihre Motivation, sich für den Waldschutz einzusetzen.

Baumharz als Lebensgrundlage

Von besonderer Bedeutung ist das Zapfen von Baumharz. Ähnlich wie bei der Ernte von Naturkautschuk werden die Bäume dabei nicht zerstört. Kleine Löcher in Brusthöhe dienen als Auffangbecken. Sie werden kurz ausgebrannt, um den Harzfluss anzuregen. Das Harz wird etwa alle zwei Wochen, je nach Jahreszeit und Niederschlag, abgeschöpft.

Hochwertiges Baumharz dieser Art hat viele Verwendungszwecke: Regional wird es für Fackeln und zum Imprägnieren von Booten genutzt, sowie zur Herstellung von traditioneller Medizin. International dient es der Parfümindustrie als Basissubstanz oder wird bei der Herstellung von Farben und Lacken eingesetzt.

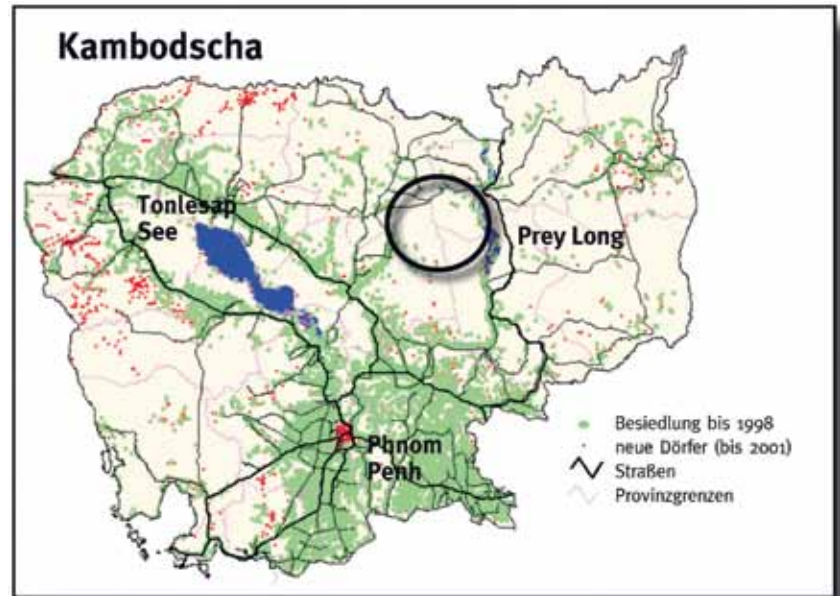


Die Harzgewinnung basiert auf Familienstrukturen. Die Nutzungsrechte an bestimmten Bäumen werden von Generation zu Generation vererbt. Familienverbände halten traditionelle Nutzungsrechte für einige Dutzend bis zu mehreren hundert Bäumen. Die Tätigkeit ist eng mit der Lebensweise der vom Wald abhängigen Bevölkerungsgruppen verknüpft und ist Teil ihrer kulturellen Identität. Im Prey Long ist dies in erster Linie die Kuy Minorität.

Die Menge des geernteten Baumharzes richtet sich nach der Anzahl der bewirtschafteten Harzbäume und liegt zwischen 50 und 100 kg pro Familie und Monat. Damit sichert Baumharz gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, etwa in langen Trockenzeiten oder beim Ausfall von Reisernten, ein Grundeinkommen.

Der Handel mit Baumharz und die damit verbundenen Nutzungsrechte an den Bäumen sind durch das kambodschanische Waldgesetz auf dem Papier geschützt. Allerdings werden diese Regelungen oft nur unzureichend durchgesetzt oder in einigen Provinzen von den lokalen Behörden komplett ignoriert. Auch bei der Ausstellung von Transportgenehmigungen herrscht oft Willkür.

So konnten einige Großhändler Handelsmonopole aufbauen und Preise durchsetzen, die weit unter dem Marktwert liegen. Die Harzzapfer in den Dörfern erhalten in der Regel nur die Hälfte des Preises, der auf den Märkten in den Provinzstädten erzielt werden kann. Begründet wird dies mit hohen Transportkosten sowie Abgaben, die entlang des Transportweges in



die Provinzstädte inoffiziell und illegal erhoben werden. Hieran sind unter anderem Mitarbeiter von Forstbehörden, Polizei und Militärpolizei beteiligt.

Transportwege sichern

Mit der Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert ARA jetzt die Organisation eines sicheren Transportes von Baumharz zu den regionalen Märkten. So werden die kleinbäuerlichen Produzenten von Prey Long vor illegalen Abgaben geschützt und können sich aus der Abhängigkeit von Zwischenhänd-



Nach dem Ausbrennen sammelt sich Baumharz in dem Loch im Stamm. Ein Baum kann so über viele Jahre genutzt werden.



Mit Ochsenkarren wird das Harz aus dem Wald transportiert. Mit Booten wird es auf den nächsten Markt gebracht.

lern lösen. Damit werden bestehende Handelsbarrieren aufgebrochen und ein höheres Einkommen aus der schonenden Nutzung des Tropenwaldes erzielt.

Das Projekt konzentriert sich auf die "erste Etappe", um einen sicheren Transport des Harzes von Sammelstellen im Projektgebiet zu den 80 bis 200 km entfernten Provinzstädten zu ermöglichen. Hierfür stehen jetzt ein Kleinlastwagen und ein Boot zur Verfügung, die durchschnittlich dreimal im Monat jeweils drei bis vier Tonnen Baumharz transportieren.

An zwei Orten wird darüber hinaus je ein einfaches Gebäude errichtet, das als Sammelstelle für Baumharz und für Ausbildungszwecke genutzt werden kann. Hier können z. B. Methoden zur Weiterverarbeitung, wie etwa die Filtration des Harzes, entwickelt und erprobt werden, um den Marktwert des Harzes zu steigern.

Mit Beratung und Workshops wird eine Vernetzung der beteiligten Kommunen gestärkt und der Aufbau einer regionalen Vereinigung von Harzapfern gefördert.

Schutz der Harzbäume

Um die Harzbäume besser vor illegalem Holzeinschlag zu schützen, wird gemeinsam mit den Harzapfern eine erste systematische Inventur der genutzten Bäume durchgeführt.

Insgesamt sollen etwa 3.000 Bäume mit Farbe und Schildern gut sichtbar markiert werden. Neben der Kennzeichnung individueller Bäume in vom Holzeinschlag besonders bedrohten Gebieten werden auch größere „Harzreviere“ demarkiert, um den kommunalen Anspruch deutlich zu machen. Zu diesem Zweck werden 50 große Metallschilder aufgestellt. Markierungen dieser Art haben eine starke Signalwirkung und haben sich in Nachbarländern wie Thailand bewährt.

Außerdem werden die GIS-Daten aller markierten Bäume aufgenommen, zu digitalem Kartenmaterial verarbeitet und in einer interaktiven Datei der Zapfgebiete gespeichert. Die Karten werden in den Dörfern zur Stärkung der Nutzeransprüche eingesetzt und tragen zur Öffentlichkeitsarbeit bei.

Es ist geplant, die Datei auch bei der Klärung von Rechtsfragen einzusetzen, z.B. bei der Einforderung von Kompensationszahlungen, zu denen Holzhändler verpflichtet sind, oder bei konkreten Maßnahmen gegen Landraub. Hierzu sollen auch Regierungsstrukturen wie die Kommunalräte stärker eingebunden werden.

Bitte unterstützen Sie uns beim Schutz des Prey Long Waldes.

Stichwort: Prey Long

**ARA-Spendenkonto 72 217 300
bei der Sparkasse Bielefeld
BLZ 480 501 61**



Protestmarsch gegen Kautschukplantage

Wie wichtig diese neue ARA-Initiative in Kambodscha ist, zeigen die zunehmenden Proteste von Dorfbewohnern aus Prey Long gegen das illegale Fällen ihrer Harzbäume. Mit der Unterstützung unserer kambodschanischen Partnerorganisation NRPG konnte erstmals auch das Interesse der Medien für dieses Thema geweckt werden.

Einige von ihnen waren mehr als eine Woche durch den Dschungel gewandert und hatten unter Plastikplanen übernachtet. Zum Schluss waren es über 300 Menschen aus vier Provinzen, die sich am Rande einer großen Rodung trafen, um gegen die Zerstörung ihres Waldes zu protestieren.

Dort hat die vietnamesische Firma CRCK begonnen, eine 6.000 Hektar große Fläche im Prey Long Wald zu roden, um darauf Gummibäume zu pflanzen. „Wirtschaftliche Landkonzessionen“ heißen die Genehmigungen zur Waldzerstörung, die gegen eine entsprechende Zahlung von kambodschanischen Regierungsvertretern ausgestellt werden.

Die Rechte der traditionellen Bewohner werden dabei regelmäßig missachtet, so auch der im Gesetz verankerte Schutz der Harzbäume. Eine Entschädigung hat noch keiner der Demonstrierenden erhalten, obwohl alle von Holzeinschlag und Konzessionen berichten können, die ihre Lebensgrundlage bedrohen.

Am Abend standen die Demonstranten dann einer Gruppe von Soldaten und Polizisten gegenüber, die den Eingang der Plantage bewachen sollten. Da mittlerweile auch einige Reporter anwesend waren, kam es nur zu Wortgefechten. Anschließend besetzten die Demonstranten die Plantage für eine Nacht, um nach weiteren Beweisen für das Fällen von Harzbäumen zu suchen.

Am nächsten Morgen machten sie sich auf den Weg in eine nahegelegene Provinzstadt, in der eine öffentliche Forumsveranstaltung geplant war. Nachdem sie von der Provinzregierung untersagt wurde und ein weiterer Polizeieinsatz zu befürchten war, wurde der Protestmarsch beendet. Viele der Teilnehmenden sind aber bereit, sich nach der Reisernte an weiteren Protesten zu beteiligen. Das öffentliche Interesse an ihren Anliegen hat ihnen Mut gemacht, sich stärker für ihre Rechte einzusetzen.

Weil sie den Dorfbewohnern Nahrungsmittel und Medikamente zur Verfügung gestellt haben, wurde auch Mitarbeitern von NRPG und dem kambodschanischen Zentrum für Men-

schenrechte mit Verhaftung gedroht. Doch beide Organisationen sind entschlossen, die Proteste auch weiterhin zu unterstützen.



Schutz von Fauna und Flora als Zukunftsinvestition

Zur UN-Dekade Biologische Vielfalt

*„Ich bin davon überzeugt, dass es uns gemeinsam gelingen wird, das Thema **Biologische Vielfalt** überall stärker ins Bewusstsein zu rücken und in wichtige politische und gesellschaftliche Prozesse zu integrieren“.*

*Mit diesen Worten eröffnete Bundesumweltminister Norbert Röttgen Anfang November die **UN-Dekade Biologische Vielfalt**. Seit 1976 haben die Vereinten Nationen mehr als ein Dutzend Dekaden ausgerufen, um die Weltöffentlichkeit zur Lösung dringender globaler Probleme aufzurufen. Zum ersten Mal erfolgte jetzt der Aufruf zu mehr Natur- und Artenschutz.*

Der Brutvogelbestand des Kranichs in Deutschland wächst, Seeadler oder die ebenso majestätisch anmutende Großtrappe weisen wieder höhere Bestandszahlen auf, Luchs, Wildkatze, Biber, Fischotter, ja selbst der Wolf hat neue Reviere in unserem Land besetzt. Man könnte glauben, mit dem Schutz der Natur in Deutschland gehe es stetig aufwärts.

Das Bemerkenswerte daran ist, dass augenscheinlich selbst größere Wirbeltierarten in einem Land überleben können, wo bereits

jeder achte Quadratmeter durch Straßen und Siedlungsflächen verbaut ist (jeden Tag nimmt diese Fläche um etwa 100 Hektar zu), wo nicht einmal auf 25 Prozent der Landesfläche noch relativ unzerschnittene verkehrsarme Räume vorherrschen, die eine Größe von 10 mal 10 Kilometern erreichen.

Bei näherer Betrachtung stellt man fest, dass mit Biber, Kranich und Co solche besonders charismatischen Arten erfreuliche Bestandsentwicklungen aufweisen, in deren Schutz von staatlicher Seite wie vom ehrenamtlichen Naturschutz große Investitionen getätigt wurden. Für die Biologische Vielfalt insgesamt sieht es nämlich keineswegs rosig aus: Betrachtet man die Roten Listen gefährdeter Tier- und Pflanzenarten und bezieht solche Arten ein, die auf der so genannten Vorwarnstufe gelistet sind, so müssen wir uns aktuell um die Zukunft von jeder zweiten Tier- und Pflanzenart sorgen.

Verantwortung für Buchenwälder

Der Buchenwald in seinen verschiedenen Ausprägungen bedeckte einst über 70 Prozent unserer Landesfläche, hat hier als Ökosystem sein Hauptverbreitungsgebiet. Wir tragen also zu seinem Schutz im globalen Maßstab eine besondere Verantwortung. Doch gerade einmal 0,15 Prozent der Fläche der Bundesrepublik weisen Buchenwälder auf, deren Zustand als halbwegs ursprünglich bezeichnet werden kann.

International sieht es gleichfalls wenig ermutigend aus. Pünktlich zur Eröffnung der UN-Dekade Biologische Vielfalt hat die Welt-naturschutzorganisation IUCN aktuelle Li-



sten der weltweit bedrohten Arten vorgelegt. Dazu wurde der Gefährdungsstatus von etwa 62.000 - von insgesamt vielleicht 10 Millionen existierenden - Arten bewertet. Das Ergebnis: 19.750 Arten, also rund ein Drittel, müssen als gefährdet eingestuft werden. Besonders erschreckend ist die Zunahme der Gefährdung, denn damit landeten 2.000 mehr Arten auf den Roten Listen als noch zwei Jahre zuvor.

Noch dramatischer sieht es aus, wenn man die Ebene der genetischen Vielfalt betrachtet, also die vielen Unterarten und lokalen Ausprägungen von Fauna und Flora in den Blick nimmt. Wissenschaftliche Untersuchungen und Hochrechnungen besagen, dass wir auf dieser Betrachtungsebene bis zum Jahr 2080 über 80 Prozent der genetischen Vielfalt innerhalb der Arten verlieren werden.

Wert der Vielfalt als neues Naturschutzargument

Ein Jahrzehnt besonderer Anstrengungen zum Schutz der Biologischen Vielfalt auszurufen, ist also eine längst überfällige Handlung.

Immerhin gibt es neue Argumente im Kampf gegen den Artentod. Seit einigen Jahren versuchen Wissenschaftler, den wirtschaftlichen Wert der biologischen Vielfalt zu berechnen. In dem TEEB-Projekt (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) werden unterschiedlichste Dienstlei-

stungen der Natur beziffert, angefangen von den Bestäuberleistungen zahlloser Insekten für Nutzpflanzen bis zur Sicherung der Grundwasserbestände durch Waldökosysteme oder die Nutzung biologischer Ressourcen für die Entwicklung neuer Medikamente. Erste Ergebnisse besagen beispielsweise, dass der gegenwärtige Verlust von Ökosystemleistungen jährlich auf etwa 50 Milliarden Euro zu beziffern ist oder dass wirtschaftliche Investitionen in die nachhaltige Nutzung von biologischer Vielfalt bis 2050 ein Volumen von zwei bis sechs Billionen US-Dollar erreichen könnten. Übrigens hängen in der Europäischen Union laut TEEB-Studien über 16 Prozent der Arbeitsplätze vom „Naturkapital“ ab.

Es gibt also auch sehr gute ökonomische Motive, dem Schutz von Fauna und Flora deutlich mehr Engagement zu widmen. Vor einigen Jahren belegte übrigens eine ähnliche Studie eindrucksvoll, dass Klimaschutz sich wirtschaftlich mehr als auszahlt. Bewirkt haben die damaligen Erkenntnisse – wie wir wissen – bis heute wenig. Man kann nur hoffen, dass sich das beim Biodiversitätsschutz nicht wiederholt.



Amphibienschutz am Angelgewässer

Mustergültige Umsetzung

Als Projekt des praktischen Artenschutzes arbeitet ARA seit zwei Jahren mit etwa 40 Angelvereinen in Nordrhein-Westfalen. Bei Beratungsgesprächen und Informationsveranstaltungen erfahren die Angler, welche Schritte sie zum Schutz von Frosch und Co. am Vereinsgewässer durchführen können. Um zu zeigen, dass Schutzmaßnahmen oft einfach umzusetzen sind, wurden zwei Mustergewässer unterschiedlichen Typs angelegt.

Als sich nach einem Vortrag über Amphibienschutz am Angelgewässer auf dem Gewässerwartseminar des Landesfischereiverbandes Westfalen und Lippe der 1. Vorsitzende und der Gewässerwart des Angelvereins Rheine über den Ablauf der Beteiligung am Projekt informierten, konnte noch niemand die erfolgreiche Umsetzung einer Maßnahme zum Schutze der Lurche erahnen.

Bei einem Treffen an den Gewässern des Vereins wurde gemeinsam nach Möglichkeiten für den Amphibienschutz gesucht. Denn die lassen sich praktisch an jedem Angelwässer durchführen. Bei den Überlegungen sollten Angler selbstverständlich den Lebensraum Wasser sowie die wechselfeuchten Uferzonen im Auge haben. Im Interesse des Naturschutzes

stehen hier besonders die Amphibien. Werden ihre Lebensbedingungen verbessert, profitieren in der Folge auch viele andere Arten.

Die Gewässer des ASV Rheine sind ehemalige Sandabgrabungen. Nachdem der Vorstand entschieden hatte, seinen Angelsee für die Umgestaltung zum Mustergewässer bereit zu stellen, wurde den Mitgliedern bei einem Seminar im Vereinsheim die Bedrohungssituation von Fröschen, Kröten und Molchen verdeutlicht. Unterschiedliche Arten mit ihren unterschiedlichen Ansprüchen wurden vorgestellt. Da das Rheiner Vereinsgewässer mit seinen umgebenden Sandflächen besonders für die Kreuzkröte geeignet ist, stand in der Präsentation diese kleine, nur bis sieben Zentimeter große Art im Mittelpunkt.

Lebensraum für die Kreuzkröte

Da bei Naturschutzmaßnahmen keine Tiere eingesetzt werden, ist darauf zu achten, welche Arten in der Gegend noch vorkommen. Bei der bedrohten Kreuzkröte war dies in Rheine der Fall. Die sandigen Flächen neben dem Teich wachsen langsam zu und bieten gute Bedingungen für die Kreuzkröte, die Böden benötigt, in denen sie graben kann. Zum Laichen ist sie auf flache und fischfreie Gewässer angewiesen. Diese erwärmen sich rasch und die Kaulquappen können sich hier in kürzester Zeit entwickeln.

Der Entschluss war schnell gefasst: Um der Kreuzkröte zu helfen,

Charakteristisch für die nur 7 cm große Kreuzkröte ist der gelbe Rückenstrich.



sollten drei flache Senken als Exklusivgewässer ausgehoben werden. Exklusiv bedeutet hier: außerhalb des eigentlichen Angelgewässers.

Samstagmorgen 9 Uhr: 20 hochmotivierte Angler treffen sich am Gewässer. Nach einer kurzen Einweisung konnte mit der Schutzmaßnahme begonnen werden. Anders als viele vermuteten, wurden zunächst junge Bäume herausgezogen, denn eine ehemalige Freifläche drohte zu verbuschen. Durch die Pflege



Castrop-Rauxel in die Maßnahme einbezogen. Seitens der Stadt war man gerne bereit, den Amphibienschutz zu unterstützen. Mit Personal und Großmaschinen trug die Kommune einen gehörigen Teil zum Gelingen bei. Ein großer Trecker mit Schaufel sowie ein Bagger platzierten die Wasserbausteine an die richtigen Stellen. Doch um Becken und Abflachungen genau zu formen, musste noch so mancher Stein von Hand bewegt werden.

Die Stadt Castrop-Rauxel unterstützte die Arbeiten mit schweren Maschinen. Am Ende sieht man von 96 Tonnen Steinen kaum noch etwas.

kann sie der Kreuzkröte als Landlebensraum erhalten bleiben. Ein Bagger hob zusätzlich drei kleine und vor allem flache Tümpel aus, die als Laichgewässer dienen sollen.

Naturschutz mit dem Bagger

Zu einer weiteren Umsetzung kam es beim Dortmund-Castroper Angelverein, dem Dorcas Blinker. Auch hier gab es eine Besichtigung der Angelgewässer und das Seminar „Amphibienschutz“ im Vereinslokal. Die hohe Motivation der Vereinsangler überzeugte derart, dass der Entschluss zum Bau des zweiten Mustergewässers leicht fiel.

Ausgesucht wurde ein urban geprägtes Gewässer von etwa 3000 m² Größe am Rande eines kleinen Wäldchens. Zielart der Schutzmaßnahme sollte hier der Bergmolch sein. Durch strukturelle Veränderungen der Uferzone sollte diesmal der Amphibienschutz direkt im Angelgewässer integriert werden. Enorme Vorarbeit lieferten die Angler, indem sie die Uferzonen von Büschen und Bäumen frei stellten. Denn sie hatten gelernt: Amphibien brauchen Licht und Sonne.

Durch das Einbringen von Wasserbausteinen sollten Buchten, Kleintümpel und Abflachungen des Ufers ausgeformt werden. Dies erforderte eine große Menge an Steinen. Eine lokale Zeitung titelte hierzu: „96 Tonnen für den Naturschutz“.

Als Besitzer des Gewässers wurde die Stadt

Nach feierlicher Einweihung, bei der alle beteiligten Personen und Organisationen mitwirkten, erklären jetzt Schilder den Besuchern den Sinn der Aktivitäten.

Interessierte Angler können sich nun nach Absprache bei ihren Kollegen vor Ort von der Durchführbarkeit von Maßnahmen zum Amphibienschutz überzeugen. Nach anfänglichen Schwierigkeiten ist die Resonanz auf das Bildungsprogramm inzwischen so groß, dass ARA beabsichtigt, das Projekt fortzuführen und auszuweiten.

Die Aktiven des ASV Rheine mit dem Gewässewart Bernd Abel (weißes T-Shirt) und dem 1. Vorsitzenden Jörg Winther.



Mit Dir gemeinsam die Welt erfahren

Außergewöhnliches Bildungs- projekt in Bielefeld eröffnet

Im September 2011 startete in Bielefeld ein außergewöhnliches Bildungsvorhaben zu den Millenniumsentwicklungszielen. Das Projekt in Trägerschaft des Welthaus Bielefeld wird durch ARA intensiv unterstützt. Zusammen mit der Architektenarbeitsgemeinschaft Beck & Detering war ARA auch mit der konzeptionellen Planung und Umsetzung des Projektes betraut.

**Weitere Informationen
gibt es unter: www.welt-erfahren.org**

**Station: Bildung für alle
fördern.
Am Bielefelder Obersee
gibt es dazu nicht nur
interessante Informatio-
nen. Auf der Schiefertafel
unter dem Sonnendach
kann jeder Besucher seine
Anregungen hinterlassen.**

Im Jahr 2000 vereinbarten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der Millenniumserklärung acht konkrete Entwicklungsziele (Millennium Development Goals, MDGs), die bis zum Jahr 2015 erreicht sein sollen. Angefangen von effektiver Armutsbekämpfung über die Realisierung von Bildung und Ausbildung für alle, von Maßnahmen zur Senkung der Kindersterblichkeit und zur Bekämpfung von Aids, Malaria und anderen seuchenartigen Erkrankungen, über die Sicherung der Gesundheit von Müttern bis hin zur Stärkung der Geschlechtergerechtigkeit und zum Schutz von Umweltressourcen und der biologischen Vielfalt definieren die Development Goals an Hand von 48 Indikatoren Maßgaben für konkretes Handeln.

Die Definition der Weltentwicklungsziele war eine konsequente Fortschreibung der Rio-Deklaration und der Agenda 21, mit der 1992 erstmals durch die internationale Staatengemeinschaft Weltentwicklungsziele für Nachhaltigkeit, Gerechtigkeit und Chancengleichheit festgeschrieben wurden.

Eine Zwischenbilanz 2010 machte deutlich, dass bei einzelnen Entwicklungszielen durchaus Fortschritte erzielt wurden, regional manche Vorgaben etwa im Bereich der Bildung auch im Zeitplan umgesetzt werden können - dass aber die Mehrzahl der Ziele bis 2015 nicht erreicht werden kann, wenn die Anstrengungen nicht sofort erheblich erhöht werden. So sind wir beispielweise weit davon entfernt, die globalen Waldressourcen in eine nachhaltige Nutzung zu bringen. Auch der Verlust der Artenvielfalt, der gestoppt werden soll, nimmt unverändert zu.

Millenniumsziele gehen alle an

Die Millenniumsziele gehen - so ist oft zu hören - vor allem die Entwicklungsländer an. Richtig ist, dass dort die meisten Fortschritte erzielt werden müssen. Genauso richtig ist aber, dass die Industrieländer allein schon angesichts ihres Zugriffes auf globale Ressourcen entscheidend zur Verwirklichung der geforderten Maßnahmen beitragen müssen. Politik ist hierbei genauso gefordert wie die Zivilgesellschaft.

Das Bielefelder Projekt „Mit Dir gemeinsam die Welt erfahren“ platziert sich deshalb mitten in den Lebensalltag der Bevölkerung: Rund durch den beliebten Bielefelder Grüngürtel, entlang eines Fuß- und Radwegenetzes,



wurden zu den Millenniumszielen sieben sogenannte Landmarks eingerichtet. Hier finden sich attraktive Unterstände, die zum Verweilen und zum Dialog einladen, interaktive Stationen wie ein großer Spieltisch, wo man spielerisch die Bedeutung gesundheitlicher Versorgung kennenlernt.

An jeder Station werden an einer Stahlstiele die Herausforderungen der Millenniumsziele erläutert und ebenso der aktuelle Stand ihrer Umsetzung. Daneben kann man dort durch akustische Einspielungen von bemerkenswerten Initiativen ostwestfälischer Bürger oder Organisationen erfahren, die Beiträge geleistet haben, um die Weltentwicklungsziele Wirklichkeit werden zu lassen. Von Zeit zu Zeit werden hier neue Initiativen vorgestellt werden.

Jede Station wird übrigens von einer Patenschule betreut. Das Welthaus Bielefeld bietet geführte Touren zu den Landmarks an und hat ausführliches ergänzendes Informationsmaterial zu den MDG`s entwickelt.

Obwohl die Stadt Bielefeld sich in einer Erklärung des Deutschen Städtetages zur Unterstützung der MDG-Kampagne verpflichtet hat, gab es anfangs durchaus politische Widerstände gegen das Projekt – die aber längst einer breiten Zustimmung in Politik wie Bürgerschaft gewichen sind.

Eine Motivation zu dem Projekt war übrigens, damit ein Zeichen für andere Kommunen zu setzen, damit auch diese sich stärker für die Vermittlung der Weltentwicklungsziele einsetzen.



Ein Mensch-ärgere-Dich-nicht Spiel lädt zur Auseinandersetzung mit dem Thema Gesundheit ein.

Wie viele Hundert Menschen teilen sich einen Arzt? Die Punkte auf den Hockern geben die Antwort.



Mehr Holz, weniger Natur

Die Waldstrategie 2020 der Bundesregierung

„Das Internationale Jahr der Wälder geht zu Ende – und kaum einer hat es bemerkt. Ein paar bunte Plakate wurden gedruckt, einige Tagungen veranstaltet ... Und dann das: Ausgerechnet in diesem Jahr beschließt die Bundesregierung mit der „Waldstrategie 2020“ eine beispiellose Kehrtwende in der Forstpolitik. ARA hat gemeinsam mit anderen Umweltverbänden dazu Stellung bezogen.“

Auf insgesamt 38 Seiten wird eine „Vision“ verkündet, die neun Handlungsfelder umfasst. Das zuständige Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz spricht von einer „Balance zwischen den Ansprüchen an den Wald“ und davon, dass „Schutz und Nutzung weiterhin miteinander im Einklang“ stehen müssten. Das genaue Gegenteil aber ist aus dem vorgestellten Strategie-Papier herauszulesen: der jährliche Holzeinschlag in Deutschland soll von derzeit 70 auf bis zu 100 Millionen Festmeter steigen.

Damit würde der gesamte jährliche Zuwachs geerntet und aus dem Wald geholt. Ein Teil dieser Biomasse muss aber im Wald bleiben, um die Fruchtbarkeit der Waldböden zu erhalten. Denn vor allem in Rinde, Ästen, Zweigen, Nadeln und Laub sind die meisten Nährstoffe enthalten. Und die braucht der Wald, um nachzuwachsen zu können.

Ausgeräumte, leergefegte Wälder wären die Folge.

Ein solcher Raubbau gab vor über 250 Jahren den Anlass für die Entwicklung einer nachhaltigen Forstwirtschaft. Es durfte nur so viel Holz geschlagen werden, wie der Wald nachliefern konnte. Äste, Zweige, Laub und Nadeln mussten fortan im Wald bleiben, damit sich die ausgezehrten Böden wieder erholen konnten.

Naturschutz soll sich der Holzproduktion unterordnen

Hinter dem von der Bundesregierung im Rahmen der Nationalen Biodiversitätsstrategie beschlossenen Ziel, bis zum Jahr 2020 fünf Prozent der Waldflächen dauerhaft aus der forstlichen Nutzung zu nehmen, konnte die Waldstrategie nicht zurückbleiben. Konkrete Schritte, wie dieses Ziel zu erreichen ist,

werden aber nicht benannt. Wer gehofft hatte, dass klare Grundsätze einer nachhaltigen Waldbewirtschaftung im Gesetz verankert und der naturnahe Waldbau weiter gefördert wird, sah sich enttäuscht.

Umso weniger erstaunt es, dass es die Holznutzer sind, die die Verabschiedung der Waldstrategie 2020 geradezu überschwänglich begrüßen. Der Bundesverband Säge- und Holzindustrie Deutschland e.V. (BSHD) und die Arbeitsgemeinschaft der Rohholzverbraucher e.V. (AGR) freuen sich, dass die zukünftige Rohstoffbeschaffung endlich als ein zentrales Thema gesehen wird. Naturschutz im Wald halten sie dagegen für nicht mehr zeitgemäß und sprechen sich offen gegen weitere Waldschutzgebiete aus.

Ins selbe Horn stößt auch der Präsident der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Waldbesitzerverbände (AGDW), Phillip Freiherr von und zu Guttenberg. Auf der Grünen Woche in Berlin wurde er mit der Äußerung zitiert, die Einrichtung von Nationalparks in Deutschland sei "unmoralisch". Sie führe dazu, das fehlende Holz zu importieren, wodurch auch Regenwälder zerstört würden.

Klimaschutz – deutsche Wälder müssen CO₂-Senke bleiben

Noch 1990 war der deutsche Wald eine bedeutende Senke für das klimawirksame Gas Kohlendioxid (CO₂). Auch nach Abzug der Holzernnte wurden etwa acht Prozent der industriellen Emissionen im Holz der wachsenden Bäume gespeichert. Diese wichtige Wirkung der Wälder ist hochgradig gefährdet: Mit der von der Bundesregierung beabsichtigten und an das Klimasekretariat gemeldeten Holzernnte würden die Holz- und Kohlenstoffvorräte in Deutsch-

lands Wäldern massiv abgebaut. Die dadurch verursachten CO₂-Emissionen können nur zum Teil durch langlebige Holzprodukte oder durch den Ersatz fossiler Energieträger kompensiert werden. Damit drohen die deutschen Wälder selbst zu Verursachern des Klimawandels zu werden.

Um dies zu verhindern, ist es dringend notwendig, dass der Holzeinschlag auch in Zukunft erheblich unter dem Zuwachs liegt und der so genannte Nachhaltigkeitsatz flächendeckend eingehalten wird.

Entgegen den Darstellungen im Entwurf der Waldstrategie 2020 sind die Wälder in Deutschland mit einem Durchschnittsalter von rund 80 Jahren nicht alt, sondern noch sehr jung. Sie könnten besonders in der für den Klimaschutz entscheidenden Phase der nächsten drei Jahrzehnte durch Vorratsaufbau weiteren Kohlenstoff binden und damit das Klima entlasten.

Eine Strategie auf dem Holzweg

Die Waldstrategie bietet auch für andere Probleme keine brauchbaren Lösungsansätze. So sollen die Bestände an Rehen, Hirschen und Wildschweinen nur so weit reguliert werden,

dass sich die Hauptbaumarten ohne den Schutz durch Zäune verjüngen können. Für den Waldumbau hin zu mehr Laubbaumarten und die Anpassung an den Klimawandel müssen aber auch die Sämlinge von Baumarten geschützt werden, die zurzeit fast überall vom Wild verbissen werden. Besonders betroffen sind Eichen, Ahorn, Eschen, Weißtannen und Linden. In ersten Entwürfen der Waldstrategie waren hierzu bereits zielführende Formulierungen enthalten, die aber offenbar auf Druck der Jagdlobby wieder entfernt wurden.

So wie sich die Waldstrategie 2020 heute darstellt, wird sie bestenfalls als Rechtfertigung für den Raubbau an unseren Wäldern erhalten können. Viele engagierte Forstleute werden dem Druck ausgesetzt, entgegen allen Nachhaltigkeitsgrundsätze mehr Holz einzuschlagen als sie aus fachlichen Gründen vertreten können.

Anstatt darauf hinzuwirken, dass der kostbare Rohstoff Holz sparsamer und klimafreundlicher eingesetzt wird, macht sich die Regierung jetzt lediglich zum Handlanger der Holzverarbeitenden Industrie.

Die Zukunft der deutschen Wälder?





Fördermitgliedschaft

Ich möchte die Arbeit von ARA regelmäßig unterstützen.

Dafür erteile ich ARA diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4 jährlich jährlich

30 Euro 60 Euro 120 Euro Euro

ab Monat Jahr

Meine Kontonr. BLZ

Geldinstitut

Datum / Unterschrift

Projekt-Partnerschaft

Ich möchte das folgende Projekt von ARA regelmäßig unterstützen:

Dafür erteile ich ARA diese Einzugsermächtigung, die ich jederzeit widerrufen kann. Wenn mein Konto nicht ausreichend gedeckt ist, ist mein Geldinstitut nicht verpflichtet, den Betrag einzulösen.

Ich zahle: monatlich 1/4 jährlich jährlich

30 Euro 60 Euro 120 Euro Euro

ab Monat Jahr

Meine Kontonr. BLZ

Geldinstitut

Datum / Unterschrift

<input type="text"/>
Vorname, Name
<input type="text"/>
Straße und Hausnummer
<input type="text"/>
PLZ und Ort
<input type="text"/>
E-mail
<input type="text"/>

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz e.V.

August Bebel Str. 16 - 18
33602 Bielefeld

Tel. 0521 - 6 59 43
Fax 0321 - 213 140 96

Email: ara@araonline.de
Internet: www.araonline.de

Spendenkonto

Konto-Nr. 72 217 300
bei der Sparkasse Bielefeld
BLZ 480 501 61

Impressum:

Redaktion:
Wolfgang Kuhlmann, Jürgen Wolters, Jürgen Birtsch

Titel:

Dorfbewohner aus Prey Long protestieren in der Hauptstadt Phnom Penh gegen Plantagen und illegalen Holzeinschlag in ihren Wäldern. Foto: NRPG

Bilder: Jürgen Birtsch, Mechthild Eikholt, Holger Gröschel, Dieter Simon, August Wundrock, NRPG, ARA-Archiv

Das ARA Magazin erscheint halbjährlich.
Mitglieder und Förderer von ARA erhalten es kostenlos.

gedruckt auf 100% Recyclingpapier